

# Bürgerzentrum soll doch kommen

→ **BEZIRKSAUSSCHUSS ROSELLEN** CDU und SPD bessern nach

**ROSELLEN** (schum) In Rosellen rührt es: Wenn das Stichwort Grundschule Allerheiligen fällt, schrillen bei vielen Bürgern die Alarmglocken. Viele Eltern, die ihre Kinder zur St. Peter-Grundschule schicken, sehen keine Notwendigkeit, im Baugebiet B eine dreizügige Grundschule zu errichten. Sie befürchten ebenso wie Schulleitung und Lehrerkollegium erhebliche, negative Auswirkungen für die (noch) sechszügige St.-Peter-Schule.

Aber auch Heimat-, Gesangsverein, Schützen und andere sind unzufrieden: Ihnen war von der Politik der Bau eines Bürgerzentrums versprochen worden. Zunächst mit Standort Illinghauser Hof, später dann nahe der Dreifachsporthalle. Vor wenigen Wochen wurden sie davon überrascht, dass die Verwaltung diese Notwendigkeit überhaupt nicht mehr sieht. In den Vorlägen für Schul-, Jugendhilfe- und Sozialausschuss heißt es: „Aus Sicht der Verwaltung kann das Jugend- und Bürgerzentrum als reine Jugendeinrichtung mit Mehrzweckraum geplant werden, da im Stadtteil Rosellen ausreichende Raumkapazitäten für Erwachsene (Gastronomie, Säle) zur Verfügung stehen.“

Das sehen die Betroffenen völlig anders. Gestern zog der Bezirksausschuss Rosellen die Reißleine: CDU-Fraktionsvorsitzender Dr. Bernd Koenemann und Ingo Stolz (SPD) erinnerten unisono an Ratsbeschlüsse aus den Jahren 2000 und 2001, wonach für Allerheiligen der Bau eines Bürgerzentrums vorgesehen ist. „Daran machen wir keine Abstriche“, so Koenemann. Er forderte die Verwaltung auf, ein entsprechendes Nutzungskonzept vorzustellen und darzulegen, ob das für ein Bürgerzentrum benötigte Raumprogramm sich in den bestehenden Planungen verwirklichen lasse. „Wenn nicht, dann bestehen wir darauf, dass ein Bürgerzentrum gebaut wird.“

Hart ins Gericht ging Ingo Stolz mit der Verwaltung. Er bezeichnete es als ein „starkes Stück“, dass die Verwaltung einfach von sich aus erkläre, eine Notwendigkeit für ein Bürgerzentrum bestehe nicht. „Das ist sachlich falsch“, so Stolz. Rosellen und Allerheiligen dürften nicht in ei-

nen Topf geworfen werden. Er erinnerte daran, dass mit der Traditionsgaststätte „Am Mühlenbusch“ bald der zentrale Treffpunkt für Vereine wegfallen wird. In dem geplanten Ensemble mit Kindertagesstätte und Jugendeinrichtung ist ein Saal mit einer Kapazität bis zu 199 Personen vorgesehen. Ratsherr Stolz forderte gestern im Bezirksausschuss die Verwaltung auf, „Synergieeffekte“ aufzuzeigen.

Beim Thema Grundschule Allerheiligen und der Kritik von Elternvertretern der St.-Peter-Schule gab es eine Änderung zum bisherigen Stand: Auf Antrag der CDU wurde nach Diskussion und mit knapper Mehrheit beschlossen, die Zügigkeit der St.-Peter-Schule auf „bis zu fünf Züge“ festzulegen. Sie sollte nach bisherigem Stand vier Züge betragen. Die SPD stimmte dagegen. Mehr wollten die Politiker nicht zulassen. Ingo Stolz sprach offenbar allen aus der Seele: „Wer will denn jetzt eine Obermeinung haben?“ Das Thema sei schließlich in den Fachgremien lang und breit diskutiert worden.

## → ZUR SACHE

VON KLAUS D. SCHUMILAS

## Einfach paradox

## Schulkonferenz kritisiert politische Beschlüsse

**ROSELLEN** (schum) Wenn es nach der Schulkonferenz der St.-Peter-Grundschule ginge, gäbe es keine Planungen für eine Grundschule im benachbarten Allerheiligen: Das Gremium, in dem unter dem Vorsitz von Rektorin Dorothee Brauer-Lustenberger Eltern- und Lehrer-Vertreter sitzen, sieht, so heißt es in einer Stellungnahme, „keine Notwendigkeit mehr für den Bau zum jetzigen Zeitpunkt“. Die Gründung einer dreizügigen Grundschule in Allerheiligen werde „überwiegend negative Auswirkungen“ auf die St.-Peter-Schule haben.

Die Schulkonferenz spricht offen von „politischer Fehlplanung“, die zu der hohen Schwankung der Schülerzahlen an der Schule führte und führen werde, sowie von einer „nicht nachvollziehbaren politischen Entscheidung“. Dadurch,

dass sich die Kinder beider Schulen die Räume während der Übergangsphase teilen, profitierten niemand von den Vorteilen zweier separater Grundschulen. „Die Vorteile einer großen Schule gehen verloren.“

Die Schulkonferenz weist auf die gute, engagierte Arbeit in allen Bereichen hin (zum Beispiel 20 Arbeitsgruppen für die 200 OGS-Kinder). Sie empfiehlt (dem Rat) die Zügigkeit der St.-Peter-Schule (bisher sechs) „nicht unterhalb der räumlichen Möglichkeiten zu begrenzen“. Ferner solle das Anmeldeverfahren für die neue Schule erst ein Jahr vor der Fertigstellung erfolgen und nicht bereits in diesem Herbst. Drittens wird gefordert, der St.-Peter-Schule die Konzeptentwicklung für die zukünftige Nutzung der frei werdenden Räume zu übertragen.

**ZUR SACHE** EINFACH PARADOX

Drei Tage, bevor der Stadtrat den endgültigen Beschluss zur Errichtung einer Grundschule in Allerheiligen fassen soll, kommen die Bedenken-träger aus dem Gebüsch. Eltern und Lehrer der St.-Peter-Grundschule fürchten auf einmal negative Auswirkungen für „ihre“ Schule. Zeit genug, ihren Protest, ihre Sorgen und Befürchtungen zu formulieren und öffentlich zu machen, hatten sie reichlich.

Denn vor fast genau einem Jahr beschloss der Rat die Aufstellung des Bebauungsplans für das künftige Schul- und Kindergarten-Areal. Damals war noch die Rede von zwei oder drei Zügen. Das Thema wurde offenbar komplett verschlafen oder falsch eingeschätzt. Dass jetzt Eltern auf einmal das hohe Lied der Vorzüge einer großen, über 600 Kinder starken Grundschule singen und ihnen offenbar kein Weg zu weit ist, die Rosellener Grundschule zu besuchen, klingt paradox. In allen Gremien, die sich mit Schule und dort speziell den Schulanfängern befassen, wird nach dem Motto „kurze Beine, kurze Wege“ der Besuch einer wohnortnahen Grundschule angeraten. Ebenso die Überschaubarkeit einer kleineren Einrichtung.

Jetzt wird von den Kritikern der Schulneugründung sogar spekuliert, dass Eltern, die künftig im Baugelände B leben werden, ihre Kinder lieber per Bus zur Grundschule nach Rosellen schicken werden als in die neue Schule direkt in der Nachbarschaft. Wer's glaubt!

Genauso wenig durchdacht sind Forderungen nach dem Bau einer weiterführenden Schule als Alternative. Wenn alle Kinder tatsächlich die Schulform besuchen, die ihnen auf dem Abschlusszeugnis der Grundschule empfohlen wird, ist in den Neusser Schulen – auch vor dem Hintergrund rückläufiger Schülerzahlen genügend Platz. In einem Punkt haben die Eltern sicher Recht: Warum vor zwei Jahren unbedingt ein 1,8 Millionen Euro teurer Anbau für die St.-Peter-Schule her musste, erschließt sich kaum. Perspektivische und überzeugende Schulpolitik sieht anders aus.